

und beginnen, die Lage in Deutschland nüchterner zu beurteilen. Ein Beweis dafür ist der Inhalt der Schlußklärung des Brüsseler Kolloquiums über die friedliche Lösung der deutschen Frage. Diese Beschlüsse enthalten ebenso wie unsere Vorschläge den Grundgedanken, die Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen und Entspannungsmaßnahmen zu fördern.

Auch in Westdeutschland fanden unsere Vorschläge der Vernunft und des guten Willens bei breiten Kreisen der Bevölkerung positiven Widerhall. Dabei wurden in der Hauptsache das Entgegenkommen und die Verständigungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik betont sowie die Möglichkeit hervorgehoben, auf diesem Wege den kalten Krieg abzubauen und mit der Normalisierung der Beziehungen zu beginnen. Unsere Friedens- und Verständigungspolitik führte dazu, daß die Deutsche Demokratische Republik bereits heute ein Magnet für Hunderttausende Besucher aus Westdeutschland und anderen Staaten des kapitalistischen Auslands ist.

Den Bemühungen der Friedenskräfte setzen die aggressivsten imperialistischen Kreise, vor allem in Westdeutschland, in Frankreich, aber auch in den USA, einen verbissenen Widerstand entgegen. Sie wollen um jeden Preis den kalten Krieg und das Wettrüsten fortsetzen, ja sogar noch forcieren.

So, wie die westdeutsche Regierung gemeinsam mit dem französischen Achsenpartner vergeblich versuchte, den Moskauer Vertrag über das weitgehende Verbot der Kernwaffenversuche zu sabotieren, versucht sie jetzt, mit Hilfe der EWG und der NATO, jeden weiteren Entspannungsprozeß zu blockieren.

In der anläßlich des Kanzlerwechsels in Bonn abgegebenen Regierungserklärung wird versucht, wenigstens in Worten dem Willen der Völker nach Entspannung und Abrüstung Reverenz zu erweisen. Was soll man jedoch von Worten halten, die mit den Taten nicht übereinstimmen! Wie die Regierung Adenauer stellt sich auch die Regierung Erhard die Aufgabe, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln über eine multilaterale Kernstreitmacht der NATO Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erhalten bzw. über den Pakt mit de Gaulle in den Besitz von Mas-